

Antrag

des Bundesministers für Wirtschaft

Rechnungslegung über das Sondervermögen des Bundes „Ausgleichsfonds zur Sicherung des Steinkohleneinsatzes“ — Wirtschaftsjahr 1991 —

I.

Auf der Grundlage des Dritten Verstromungsgesetzes vom 13. Dezember 1974 in der Fassung vom 19. April 1990 (BGBl. I S. 917), ist der Ausgleichsfonds zur Sicherung des Steinkohleneinsatzes als unselbständiges Sondervermögen des Bundes gebildet worden; er wird vom Bundesamt für Wirtschaft verwaltet.

Aus dem Ausgleichsfonds werden nach Maßgabe dieses Gesetzes Zuschüsse zur Förderung des Einsatzes von Steinkohle in der öffentlichen Elektrizitätswirtschaft und der industriellen Kraftwirtschaft gewährt sowie die Kosten der Verwaltung des Sondervermögens bestritten. Eine Übersicht über den Einsatz deutscher Kohle in der Kraftwirtschaft in den Jahren 1978 bis 1991 ist als Anlage 1 beigelegt. Die Mittel des Ausgleichsfonds werden durch eine Ausgleichsabgabe aufgebracht. Das Bundesamt für Wirtschaft ist

gemäß § 2 Abs. 6 Drittes Verstromungsgesetz ermächtigt, bis zur Gesamthöhe von 2 Milliarden DM Kredite zur Aufrechterhaltung der Zahlungsfähigkeit des Sondervermögens aufzunehmen.

Das Bundesamt für Wirtschaft hat für jedes Kalenderjahr einen Wirtschaftsplan aufzustellen, der der Genehmigung des Bundesministers für Wirtschaft bedarf. Der Bundesminister für Wirtschaft hat dem Deutschen Bundestag und dem Bundesrat bis zum Ende des nächsten Wirtschaftsjahres zur Entlastung gesondert Rechnung zu legen.

II.

Die Einnahmen und Ausgaben des Ausgleichsfonds haben sich im Wirtschaftsjahr 1991 wie folgt entwickelt (eine Übersicht nach Bundesländern ist als Anlage 2 beigelegt):

Haushaltsrechnung 1991
für das Sondervermögen „Ausgleichsfonds zur Sicherung des Steinkohleneinsatzes“

Titel laut Wirt- schafts- plan	Zweckbestimmung	Ist-Einnahmen DM	Soll laut Wirtschaftsplan DM	Gegenüber dem Rechnungs-Soll beträgt das Rechnungs-Ist	
				mehr DM	weniger DM
	Einnahmen				
099 01	Ausgleichsabgabe	5 345 802 431,80	5 275 000 000,—	70 802 431,80	—
111 02	Gebühren, sonstige Ent- gelte, Mahnkosten	109,85	—	109,85	—
119 03	Verzugszinsen auf Aus- gleichsabgabe	945 066,83	1 000 000,—	—	54 933,17
119 04	Zinsen für überzahlte Zuschüsse	575 879,21	500 000,—	75 879,21	—
119 07	Rückzahlungen von Zu- schüssen aus Vorjahren .	68 256 715,68	30 000 000,—	38 256 715,68	—
119 99	Vermischte Einnahmen	—	—	—	—
162 02	Zinserträge aus Festgeld- anlagen sowie beim Giro- konto	98 964,20	—	98 964,20	—
325 01	Kurzfristige Schuldenauf- nahmen auf dem Kredit- markt — Nettokredit- aufnahme — ¹⁾	—	—	—	—
325 02	Langfristige Schulden- aufnahmen auf dem Kre- ditmarkt — Nettokredit- aufnahme — ¹⁾	—	—	—	—
360 01	Übertrag aus dem Vor- jahr	5 353 577,68	—	5 353 577,68	—
	Gesamteinnahmen	5 421 032 745,25	5 306 500 000,—	114 587 678,42	54 933,17

¹⁾ Siehe Finanzierungsrechnung.

Titel laut Wirt- schafts- plan	Zweckbestimmung	Ist-Ausgaben DM	Soll laut Wirtschaftsplan DM	Gegenüber dem Rechnungs-Soll beträgt das Rechnungs-Ist	
				mehr DM	weniger DM
	Ausgaben				
	Personalausgaben				
422 41	Bezüge der planmäßigen Beamten	928 956,74	1 100 000,—	—	171 043,26
425 41	Vergütung der Angestell- ten	3 288 116,22	3 325 000,—	—	36 883,78
427 41	Vergütung und Löhne für Aushilfskräfte, deren Ar- beitsverträge auf läng- stens 18 Monate befristet sind	240 789,54	550 000,—	—	309 210,46

Titel laut Wirt- schafts- plan	Zweckbestimmung	Ist-Ausgaben DM	Soll laut Wirtschaftsplan DM	Gegenüber dem Rechnungs-Soll beträgt das Rechnungs-Ist	
				mehr DM	weniger DM
459 49	Vermischte Personalausgaben	—	—	—	—
	Sächliche Verwaltungsausgaben				
511 01	Geschäftsbedarf, Bücher und Zeitschriften	54 971,71	80 000,—	—	25 028,29
513 01	Leistungsentgelte für Post- und Fernmelde- dienstleistungen	49 923,80	90 000,—	—	40 076,20
515 01	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie Maschinen für Ver- waltungszwecke	14 243,12	50 000,—	—	35 756,88
516 01	Dienst- und Schutzklei- dung, persönliche Ausrü- stungsgegenstände	—	1 000,—	—	1 000,—
517 01	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	111 477,16	140 000,—	—	28 522,84
518 01	Mieten und Pachten	504 569,42	530 000,—	—	25 430,58
519 01	Unterhaltung der Grund- stücke und baulichen An- lagen	—	6 000,—	—	6 000,—
525 01	Aus- und Fortbildung von Bediensteten	13 034,62	50 000,—	—	36 965,38
526 01	Gerichts- und ähnliche Kosten	467 257,41	1 933 000,—	—	1 465 742,59
526 02	Kosten für Sachverständige	409 006,25	650 000,—	—	240 993,75
526 03	Kosten für Mitglieder von Fachbeiräten und ähnli- chen Ausschüssen	—	8 000,—	—	8 000,—
527 01	Reisekostenvergütung für Inlandsdienstreisen . .	45 536,28	80 000,—	—	34 463,72
527 02	Reisekostenvergütung für Auslandsdienstreisen	—	4 000,—	—	4 000,—
527 03	Reisekostenvergütung für Aus- und Fortbildung von Bediensteten	—	10 000,—	—	10 000,—
532 01	Beschaffung von Soft- ware und Programmie- rung durch Dritte	—	100 000,—	—	100 000,—
539 99	Vermischte Verwaltungsausgaben (einschließlich Gemeinkostenzuschlag) .	927 563,24	1 030 000,—	—	102 436,76

Titel laut Wirt- schafts- plan	Zweckbestimmung	Ist-Ausgaben DM	Soll laut Wirtschaftsplan DM	Gegenüber dem Rechnungs-Soll beträgt das Rechnungs-Ist	
				mehr DM	weniger DM
	Ausgaben für den Schul- dienst				
575 01	Zinsausgaben am Kredit- markt	138 293 634,91	190 000 000,—	—	51 706 365,09
595 01	Tilgungsausgaben am Kreditmarkt — Nettotilgungen — ¹⁾ . .	257 000 000,—	—	257 000 000,—	—
	Erstattungen				
671 01	Erstattung überzahlter Ausgleichsabgabe und Verzugszinsen früherer Jahre	61 780 965,64	150 000 000,—	—	88 219 034,36
	Ausgaben für Investitionen				
711 01	Kleine Um-, Neu- und Erweiterungsbauten	1 100,31	30 000,—	—	28 899,69
812 01	Erwerb von Geräten, Aus- stattungs- und Ausrü- stungsgegenständen im Inland für Verwaltungs- zwecke	59 913,52	60 000,—	—	86,48
	Zuschüsse an Kraftwerks- unternehmen nach dem Dritten Verstromungsge- setz²⁾ — Die Ausgaben sind ge- genseitig deckungsfähig —				
683 01	Zuschüsse nach § 3 Abs. 1 und 4 (Ölausgleich), Kraft- werksinbetrieb- nahme 1. Juli 1966 bis 30. Juni 1971	879 170 462,61	812 168 000,—	67 002 462,61	—
683 02	Zuschüsse nach § 3 Abs. 2 und 4 (Ölausgleich), Kraft- werksinbetriebnahme vor dem 1. Juli 1966	880 440 875,66	974 602 000,—	—	94 161 124,34
683 03	Zuschüsse nach § 3 Abs. 3 und 4 (Ölausgleich), Kraft- werksinbetriebnahme nach dem 18. Dezember 1974	1 754 846 289,25	1 461 903 000,—	292 943 289,25	—
683 04	Zuschüsse zu Stromtrans- portkosten nach § 4 Abs. 2	31 603 000,—	28 000 000,—	3 603 000,—	—

¹⁾ Siehe Finanzierungsrechnung.

²⁾ Die Mehrausgaben bei verschiedenen Titeln sind gemäß Deckungsvermerk durch Minderausgaben bei anderen Titeln teilweise gedeckt. Darüber hinausgehenden Mehrausgaben wurde zugestimmt. Die Deckung erfolgt durch Mehreinnahmen bei Titel 099 01 bzw. durch Minderausgaben bei verschiedenen Titeln.

Titel laut Wirt- schafts- plan	Zweckbestimmung	Ist-Ausgaben DM	Soll laut Wirtschaftsplan DM	Gegenüber dem Rechnungs-Soll beträgt das Rechnungs-Ist	
				mehr DM	weniger DM
683 05	Zuschüsse zu Stromtrans- portkosten nach § 1 Abs. 4 Satz 2 Zweites Verstro- mungsgesetz	—	—	—	—
683 06	Zuschüsse nach § 16 Abs. 2 (§ 12 Abs. 2 a. F.) — Minderpreisverträge —	6 667 139,42	7 000 000,—	—	332 860,58
683 07	Zuschüsse für Mehrko- stenausgleich in besonde- ren Fällen nach § 3 a. F.	—	—	—	—
683 08	Zuschüsse für Zusatzmen- gen nach § 5 (§ 3 b a. F.) .	—	—	—	—
683 09	Zuschüsse für Options- mengen nach § 3 b Abs. 11 a. F.	—	—	—	—
683 10	Zuschüsse für nieder- flüchtige Kohle nach § 6 Abs. 1	33 983 923,—	21 000 000,—	12 983 923,—	—
683 11	Zuschüsse zum Ausgleich von Revierunterschieden nach § 6 Abs. 2	24 682 353,46	23 000 000,—	1 682 353,46	—
683 12	Zuschüsse für eine Verstro- mungsreserve nach § 7	31 359 975,74	30 000 000,—	1 359 975,74	—
683 13	Zuschüsse nach § 5 Abs. 1 und 3, Mehrkosten ge- genüber Drittlandskohle	1 316 559 307,34	1 586 000 000,—	—	269 440 692,66
892 01	Zuschüsse zu Investi- tionskosten von Kraft- werksneubauten nach § 4 Abs. 1 Satz 1 und 2, Inbe- triebnahme bis 31. De- zember 1989	13 075 370,—	13 000 000,—	75 370,—	—
892 02	Zuschüsse zu den Um- rüstungskosten von öl- sowie öl-/gasbefeuereten Heizkraftwerken nach § 4 Abs. 1 Satz 3	—	—	—	—
	Gesamtausgaben	5 436 579 756,37	5 306 500 000,—	636 650 374,06	506 570 617,69

Zweckbestimmung	Ist-Einnahmen Ist-Ausgaben DM	Soll laut Wirtschaftsplan DM	Gegenüber dem Rechnungs-Soll beträgt das Rechnungs-Ist	
			mehr DM	weniger DM
Abschluß				
<i>Einnahmen</i>				
Ausgleichsabgabe	5 345 802 431,80	5 275 000 000,—	70 802 431,80	—
Verwaltungs- und Zinseinnahmen	69 876 735,77	31 500 000,—	38 376 735,77	—
Schuldenaufnahme auf dem Kreditmarkt				
— Nettokreditaufnahme —	—	—	—	—
Übertrag aus dem Vorjahr	5 353 577,68	—	5 353 577,68	—
Gesamteinnahmen	5 421 032 745,25	5 306 500 000,—	114 532 745,25	—
<i>Ausgaben</i>				
Personalausgaben	4 457 862,50	4 975 000,—	—	517 137,50
Sächliche Verwaltungsausgaben .	2 597 583,01	4 762 000,—	—	2 164 416,99
Ausgaben für den Schuldendienst	395 293 634,91	190 000 000,—	205 293 634,91	—
Erstattungen	61 780 965,64	150 000 000,—	—	88 219 034,36
Ausgaben für Investitionen	61 013,83	90 000,—	—	28 986,17
Zuschüsse an Kraftwerksunternehmen	4 972 388 696,48	4 956 673 000,—	15 715 696,48	—
Gesamtausgaben	5 436 579 756,37	5 306 500 000,—	130 079 756,37	—
Fehlbetrag ³⁾	15 547 011,12			

Finanzierungsrechnung: Kreditaufnahme vom Kreditmarkt 7 363 700 000,— DM
Tilgungen 7 620 700 000,— DM
Nettотilgung 257 000 000,— DM

³⁾ Durch Kassenverstärkungskredit abgedeckt.

III.

1. Einnahmen

Die Gesamteinnahmen beliefen sich auf rund 5 421 Mio. DM. Sie setzten sich im wesentlichen zusammen aus:

- den Einnahmen aus der Ausgleichsabgabe (5 345,8 Mio. DM),
- den Einnahmen aus der Rückzahlung von Zuschüssen (68,3 Mio. DM),
- dem Übertrag aus dem Vorjahr (5,4 Mio. DM) und
- den Zinseinnahmen (1,6 Mio. DM).

Die Bruttoeinnahmen aus der Ausgleichsabgabe betrugen im Jahre 1990 rund 5 346 Mio. DM. Zieht man hiervon die sich aus der Jahresendabrechnung ergebenden Erstattungen in Höhe von 62 Mio. DM ab, so ergibt sich eine Nettoeinnahme von rund 5 284 Mio. DM, die um 173 Mio. DM niedriger ist als im Vorjahr. Die Mindereinnahme beruht auf der gesetzlichen Absenkung des Ausgleichsabgabesatzes von 8,25 % für das Jahr 1990 auf 8,00 % für 1991.

Insgesamt waren Mehreinnahmen (Saldo aus Mehr- und Mindereinnahmen gegenüber dem Soll des Wirtschaftsplanes) in Höhe von rund 115 Mio. DM zu verzeichnen.

2. Ausgaben

In 1991 beliefen sich die Gesamtausgaben auf rund 5 437 Mio. DM und lagen damit um 128 Mio. DM unter den Gesamtausgaben des Jahres 1990. Die im Wirtschaftsplan veranschlagten Ausgaben konnten, hauptsächlich wegen der Mehreinnahmen gegenüber den Ansätzen bei der Ausgleichsabgabe und höherer Zuschußrückzahlungen um rund 130 Mio. DM überschritten werden.

Abweichungen gegenüber dem Wirtschaftsplan ergaben sich aus folgenden Gründen:

a) Ausgaben für Zuschüsse

aa) Mehrausgaben

- Bei den Ölausgleich-Zuschüssen ergaben sich Mehrausgaben von rund 266 Mio. DM, die vor allem durch den unter der Prognose liegenden Ölpreis sowie einen höheren Steinkohleneinsatz bedingt waren.
- Bei den Zuschüssen zu Stromtransportkosten überstiegen die Ausgaben den Planansatz um 3,6 Mio. DM, weil die Strombezüge der Zuschußempfänger höher lagen als erwartet.
- Bei den Zuschüssen für niederflüchtige Kohle entstanden Mehrausgaben in Höhe von 13,0 Mio. DM, da mehr Anträge als erwartet beschieden werden konnten.

— Der Planansatz für Zuschüsse zum Ausgleich von Revierunterschieden wurde um 1,7 Mio. DM überschritten. Es handelt sich um Restansprüche aus früheren Jahren.

— Mehrausgaben in Höhe von 1,4 Mio. DM entstanden bei den Zuschüssen für eine Verstromungsreserve, da mehr Anträge als erwartet beschieden werden konnten. Es handelt sich ausschließlich um bis zum 31. Dezember 1990 entstandene Restansprüche.

bb) Minderausgaben

Die bei den Zuschüssen für Mehrkosten gegenüber Drittlandskohle entstandenen Minderausgaben in Höhe von rund 269,4 Mio. DM sind hauptsächlich dadurch bedingt, daß Restansprüche aus früheren Jahren wegen unklarer Antragsdaten nicht in erforderlichem Umfang ausgezahlt werden konnten.

b) Verwaltungs- und Zinsausgaben

Die Verwaltungsausgaben lagen mit rund 7,1 Mio. DM um 1,1 Mio. DM über den Ausgaben des Vorjahres und um 2,7 Mio. DM unter dem Planansatz.

Die Zinsausgaben für aufgenommene Kredite lagen wegen des Zinssatzanstiegs um rund 21,8 Mio. DM über dem Vorjahreswert. Der Planansatz wurde jedoch um 51,7 Mio. DM unterschritten, weil die Kredite im Durchschnitt zu einem günstigeren Zinssatz als vorausgeschätzt beschafft werden konnten.

IV.

1. Der **Kassenstand** des Ausgleichsfonds hat sich im Wirtschaftsjahr 1991 wie folgt entwickelt:

	in Mio. DM
Gesamteinnahmen	5 421,0
davon: Übertrag aus 1990	5,4
Ausgleichsabgabe, Verwaltungs- und Zinseinnahmen	5 415,6
Schuldenaufnahme (netto)	—
Gesamtausgaben	5 436,5
davon: Verwaltungs- und Zinsausgaben	145,3
Schuldentilgung (netto)	257,0
Zuschüsse und Erstattungen	5 034,2
Fehlbetrag am 31. Dezember 1991	15,5

2. Kreditverschuldung

(s. auch Finanzierungsrechnung)

	<u>in Mio. DM</u>
Stand der Kreditverschuldung am 1. Januar 1991	1 989,0
Einnahmen aus Krediten	+ 7 363,7
Tilgung von Krediten	- 7 620,7
Kassenverstärkungskredit (netto)	+ 15,5
Stand der Kreditverschuldung am 31. Dezember 1991	<u>1 747,5</u>

3. Verbindlichkeiten (Gesamtverschuldung)

Der in der Rechnungslegung ausgewiesene und durch einen Kassenverstärkungskredit finanzierte Fehlbetrag in Höhe von rund 15,5 Mio. DM gibt nicht den Stand der Gesamtverschuldung des Fonds wieder. Die Verbindlichkeiten betrugen zum 31. Dezember 1991 rund 1,7 Mrd. DM für Kreditverschuldung und rund 2,6 Mrd. DM für vorgetragene Zahlungsverpflichtungen. Das Fondsdefizit belief sich somit insgesamt auf rund 4,3 Mrd. DM.

Anlage 1

**Übersicht über den Bezug und den Einsatz
deutscher Kohle in der Kraftwirtschaft
in den Jahren 1978 bis 1991**

Jahr	Bezug		Einsatz	
	Menge in 1 000 t SKE	Verän- derung gegenüber Vorjahr in %	Menge in 1 000 t SKE	Verän- derung gegenüber Vorjahr in %
1978	32 348		32 208	
1979	33 839	+ 4,6	33 611	+ 4,4
1980	34 728	+ 2,6	34 089	+ 1,4
1981	36 399	+ 4,8	36 322	+ 6,6
1982	37 970	+ 4,3	36 175	× 0,4
1983	39 629	+ 4,4	39 679	+ 9,7
1984	40 185	+ 1,4	39 692	+ 0,0
1985	38 735	× 3,6	37 033	× 6,7
1986	39 254	+ 1,3	38 991	+ 5,3
1987	40 619	+ 3,5	40 515	+ 3,9
1988	38 435	× 5,4	39 196	× 3,3
1989	38 520	+ 0,2	38 783	× 1,1
1990	39 437	+ 2,4	40 253	+ 3,8
1991	40 228	+ 2,0	40 468	+ 0,5

Anlage 2

**Aufstellung der gezahlten Zuschüsse
und der vereinnahmten Ausgleichsabgabe
nach Bundesländern im Kalenderjahr 1991**

Bundesland	Zuschuß *) in 1 000 DM	Ausgleichs- abgabe **) in 1 000 DM
Schleswig-Holstein ..	23 094	167 800
Hamburg	26 969	183 278
Niedersachsen	435 965	582 728
Bremen	51 899	73 287
Nordrhein-Westfalen	2 650 555	1 705 681
Hessen	119 106	432 926
Rheinland-Pfalz	219 485	326 545
Baden-Württemberg	679 687	771 713
Bayern	203 935	863 458
Saarland	311 636	97 180
Berlin	250 058	141 206
Gesamt:	4 972 389	5 345 802

*) Bezogen auf den Sitz des Unternehmens.

**) Auswertungen nach dem Abgabesatz der Bundesländer
(Soll-Stellungen).

